

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1996

I. Allgemeines

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Westeuropäischen Union im ersten Halbjahr 1996 standen der weitere Ausbau der operationellen Fähigkeiten der WEU, die Erarbeitung von Beschlüssen zur engeren Einbindung der Beobachter (Dänemark, Finnland, Irland, Österreich, Schweden) und Assoziierten Partner (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn) sowie die Fortsetzung der aktiven Beteiligung an Aktionen im ehemaligen Jugoslawien. Hervorzuheben ist die Einbeziehung Sloweniens in den Kreis der Assoziierten Partner als 28. WEU-Nation.

1. Die diesjährige Frühjahrstagung des WEU-Ministerrates fand vor dem Hintergrund der Eröffnung der EU-Regierungskonferenz und der Diskussion über die NATO-Strukturanpassung statt. Im Vordergrund des Ministerrates standen die Definition der Rolle der WEU im Verhältnis zu EU und NATO, der weitere Ausbau der operationellen Fähigkeiten der WEU, verbesserte Möglichkeiten der WEU-Beobachter zur Beteiligung an WEU-Operationen sowie die Integration Rußlands und der Ukraine in die europäische Sicherheitsarchitektur und die Erfahrungen aus Krisenmanagement-Operationen im früheren Jugoslawien.

Auf deutsche Initiative hin wurden die Beschlüsse zur stärkeren Einbeziehung der Assoziierten Partner in die Arbeit zum Ausbau der operationellen Rolle der WEU, insbesondere in den beteiligten Arbeitsgruppen und in der Planungszelle weitergeführt. Zusammen mit den verbesserten Bedingungen für die Beobachterstaaten führt dies dazu, daß alle 28 WEU-Staaten zukünftig auch in die militärisch-konzeptionelle Vorbereitung für WEU-Operationen verstärkt einbezogen werden.

Der Ministerrat bekräftigte in der Erklärung von Birmingham die Rolle der WEU in der Herausbildung einer europäischen Sicherheits- und Vertei-

digungsidentität und deren Scharnierfunktion zwischen EU und NATO im europäischen Krisenmanagement.

Schwerpunkte der im Juli 1996 beginnenden belgischen WEU-Präsidentschaft werden die Fortsetzung der Arbeit am Ausbau der operationellen Rolle der WEU und die Zusammenarbeit mit der NATO sein. Die Umsetzung der auf dem NATO-Ministerrat in Berlin verabschiedeten Leitlinien für die NATO-Strukturanpassung wird das Zusammenwirken beider Organisationen erheblich intensivieren und WEU-Operationen auf der Grundlage des Combined Joint Task Force (CJTF)-Konzepts und unter Nutzung von NATO-Ressourcen ermöglichen. Damit werden die operationellen Fähigkeiten der WEU entscheidend verbessert.

2. WEU-Operationen im ehemaligen Jugoslawien

- a) Polizei- und Zollbeamte der WEU-Mitgliedstaaten unterstützten weiterhin mit Erfolg die Donauanliegerstaaten Rumänien, Bulgarien und Ungarn bei Überwachung und Durchsetzung des von den Vereinten Nationen gegen Serbien/Montenegro verhängten Waffen-Embargos gegen das ehemalige Jugoslawien. Nach Aufhebung des Waffen-Embargos gemäß den Voraussetzungen der VN-SR-Res. 1021 (1995) wird die Mission unter Beibehaltung eines Personalkernbestandes fortgesetzt; dadurch soll der Implementierungsdruck zur Umsetzung der Dayton-Vereinbarungen aufrechterhalten werden. Seit Beginn der Operation im Juni 1993 waren bis zum 30. Juni 1996 mehr als 6 700 Schiffskonvois kontrolliert worden.
- b) Gemeinsam mit der NATO setzte die WEU in der Adria die Embargo-Überwachungsoperation SHARP GUARD fort. Nach dem Ausscheiden Frankreichs zum 18. Juni 1996 haben sich alle übrigen Mitgliedstaaten für eine Fortset-

zung der Operation in reduziertem Umfang bis zur Durchführung der Wahlen in Bosnien-Herzegowina ausgesprochen. Seit Mitte Juli 1992 wurden über 74 300 Schiffe erfaßt bzw. abgefragt. Von diesen wurden über 5 900 kontrolliert und über 1 400 zur weiteren Kontrolle in italienische Häfen umgeleitet. Anfang Juli 1996 wurde die Operation suspendiert.

- c) Zur Unterstützung der EU-Administration von Mostar blieb die WEU weiterhin mit einem Polizeikontingent von rd. 175 Polizisten in Mostar präsent, darunter 65 deutsche Polizisten. Nach dem Hinzutreten von je 100 kroatischen und muslimischen Polizisten konnte der Kern einer vereinigten Polizei für Mostar gebildet werden mit 117 Polizisten aus Ost-Mostar sowie 78 Polizisten aus dem kroatischen Westteil der Stadt.

3. Stabsrahmenübung WEU CRISEX 95/96

Im Juni 1996 wurde in Phase II der insgesamt dreiphasigen Erprobung des WEU-Krisenmanagement-Instrumentariums die Aufstellung eines multinationalen Operations-Hauptquartiers und das Zusammenspiel von WEU-Entscheidungsgremien (Hauptstädten, WEU-Hauptquartier in Brüssel und einem Operations-HQ in Frankreich) bei der Planung einer WEU-Operation geübt. Übungsrahmen ist die Durchführung einer friedenserhaltenden Maßnahme nach Kapitel VI der VN-Charta (Schaffung sicherer Bedingungen für humanitäre Hilfeleistungen unter VN-Mandat) sowie Planung einer WEU-Operation bis zur Durchführung einer Verlegeteoperation in das angenommene Krisengebiet. In der für Dezember 1996 vorgesehenen Phase III soll es um das Zusammenspiel von Operations- und Truppen-HQ (EUROKORPS) gehen.

II. Tätigkeit des Ständigen Rates und des Generalsekretariats

Die Haupttätigkeit des Ständigen Rates, dem zentralen Beratungs-, Koordinations- und Entscheidungsgremium zwischen den Ministerräten, lag im Bereich des Ausbaus der operativen Fähigkeiten der WEU sowie der stärkeren Einbeziehung der WEU-Beobachter sowie der Assoziierten Partner. Unterstützt wurde der Ständige Rat durch das Generalsekretariat, das die zahlreichen Sitzungen des Ständigen Rates und seiner Arbeitsgruppen vor- und nachbereitete. Durch personelle Verstärkung konnte die Arbeitsfähigkeit des WEU-Generalsekretariats verbessert werden.

III. Tätigkeit der Planungszelle

Schwerpunkte der Tätigkeiten der Planungszelle waren erneut die Unterstützung des Bereichs Krisenmanagement, der Übungspolitik sowie langfristige Planungen und Studien. Im Bereich von Übungen leistete die Planungszelle maßgeblich Beiträge zur Vorbereitung und Durchführung der Krisenmanagementübung WEU-CRISEX 95/96. In ihrer generischen Planung konzentrierte sich die Planungszelle auf Planungen für humanitäre Operationen. Sie leistete Bei-

träge zu einem WEU-Konzept der strategischen Mobilität sowie zur logistischen Unterstützung von WEU-Operationen. Unter Fortentwicklung der Einbindung der Assoziierten Partner vervollständigte die Planungszelle laufend die Liste der der WEU zugeordneten Streitkräfte (FAWEU). Darüber hinaus baute sie ihre Verbindungen zu multinationalen FAWEU aus.

IV. Institut für Sicherheitsstudien

Im Zuge der schrittweisen Entwicklung des Instituts für Sicherheitsstudien zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsakademie richtete das Institut verschiedene Seminare (u. a. zur Erweiterungsdiskussion WEU/NATO) aus. Intensiviert wurde der zeitweise Austausch von Mitarbeitern mit anderen Sicherheitsakademien aus WEU-Staaten. Mitarbeiter des WEU-Instituts beteiligten sich an einer Reihe weiterer Seminare und Tagungen zu Sicherheitsfragen. Darüber hinaus erarbeitete das Institut zahlreiche Publikationen und Dokumente für den Ständigen Rat.

V. Tätigkeit der Sonderarbeitsgruppe (SWG) und der Vertreter der Verteidigungsministerien (DRG)

Die Sonderarbeitsgruppe (SWG) wurde unter britischer WEU-Präsidentschaft im Berichtszeitraum nicht einberufen.

Die Gruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien (DRG) erarbeitete ein Grundsatzdokument zur Öffentlichkeitspolitik im Fall von WEU-Operationen.

VI. Treffen der Chefs der Führungsstäbe der Streitkräfte

Auf ihrem Frühjahrstreffen in London am 17. und 18. April 1996 befaßten sich die Chefs der Führungsstäbe der Streitkräfte (Generalstabschefs, Generalinspektoren) erneut mit der Weiterentwicklung der operationellen Fähigkeiten der WEU. Dabei erörterten sie insbesondere die Bedeutung von friedenserhaltenden und humanitären Maßnahmen im Rahmen der Petersberg-Aufgaben sowie Schlußfolgerungen nach Abschluß von Phase I der Krisenmanagementübung WEU-CRISEX 95/96.

VII. Politisch-militärische Gruppe

Die wichtige Arbeitsgruppe zur Behandlung laufender politisch-militärischer Angelegenheiten erarbeitete Grundlagendokumente zur Nutzung bestehender Strukturen für eine gemeinsame Ausbildung im Marinebereich und schrieb ein Rahmenpapier zur WEU-Übungspolitik konzeptionell fort. Sie leistete maßgebliche Arbeiten zur Herstellung der vollen Operationsfähigkeit des WEU-Lagezentrums und erarbeitete – gemeinsam mit der GASP Konsular-AG der EU – Regelungen für die Zusammenarbeit von EU und WEU bei Evakuierungsoperationen. Hervorzuheben ist ferner die Erarbeitung eines Mandats für die Entsendung einer Fact Finding Mission nach Afrika, die im Kontext einer breiter angelegten Initia-

tive der EU Unterstützungsmöglichkeiten für die Stärkung der Kapazitäten afrikanischer Staaten zur Durchführung friedenserhaltender Maßnahmen identifizieren soll. Die Mission soll im August 1996 stattfinden. Die politisch-militärische Gruppe behandelte ferner eine Reihe wichtiger Fragen im Zusammenhang mit laufenden WEU-Operationen im ehemaligen Jugoslawien.

VIII. Politisch-militärische Arbeitsgruppe

Die politisch-militärische Arbeitsgruppe nahm eine detaillierte Unterrichtung der NATO zur Bedeutung und Struktur alliierter Kommandostrukturen (CJTf) entgegen, deren Nutzung im Rahmen von WEU-Operationen nunmehr im Lichte der Berliner Erklärung des NATO-AM-Rates vom 14. Juni 1996 genauer geregelt werden soll.

IX. Gruppe der militärischen Delegierten

Die Gruppe befaßte sich mit den Ergebnissen der Phase I der Übung WEU-CRISEX 95/96. Fortgeführt wurden die Überlegungen zur künftigen Rolle und zur Personalbesetzung der Planungszelle. Die Gruppe der militärischen Delegierten entwickelte ferner ein Ratsmandat für EUROLONGTERM, WELG und EUROCOM.

X. Tätigkeit weiterer Arbeitsgruppen

1. Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit in Weltraum-Fragen“

In Umsetzung eines Mandates des Ministerrates setzte die Arbeitsgruppe ihre Vorbereitung einer Entscheidung über eine WEU-Beteiligung an einem unabhängigen europäischen Satellitensystem für die raumgestützte Aufklärung fort. Im WEU-Satellitenzentrum in Torrejon (SPA) konnten die ersten hochauflösenden Satellitenbilder des optischen Satelliten Helios I ausgewertet werden.

2. Arbeitsgruppe „Mittelmeer“

Die Gruppe führte den Dialog mit den Maghreb-Staaten Marokko, Algerien, Tunesien und Mauritien sowie Ägypten und Israel auf Botschafter- und Expertenebene fort. Der Dialog konzentrierte sich auf sicherheitspolitische Themen und einen Erfahrungsaustausch im Bereich friedenserhaltender Maßnahmen.

3. Aktivitäten der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG) und der ehemalige EUROGROUP

Rüstungszusammenarbeit in der WEAG

Auch wenn die 6. Rüstungsdirektoren-Konferenz unter französischem Vorsitz am 8. März 1996 in Brüssel zeigte, daß trotz der Bandbreite und der Vielzahl der Aktivitäten in den verschiedenen Gremien der WEAG noch kein einheitliches Konzept einer gemeinsamen europäischen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor entwickelt werden konnte, so gibt es doch gute Fortschritte in Teilbereichen. Beispiele sind der Ausbau der For-

schungszelle als Einstieg in die Europäische Rüstungsagentur, die Abstimmung der Grundsätze für eine Europäische Rüstungsagentur, die aktive Einbindung der Industrie in die Forschungs- und Technologiearbeit durch EUROFINDER, die Verbesserung des Dialogs zwischen Rüstung und militärischem Bedarfsforderer/Nutzer (WEAG – EUROLONGTERM) sowie die Kontaktaufnahme zu NATO/CNAD und EU).

Die Rüstungsdirektoren werden die Defizite im strategischen und operativen Bereich in ihrer nächsten Sitzung am 18. Oktober 1996 thematisieren.

Die Arbeitsgruppe für Logistik (WELG) und die Gruppe für Langzeitplanung (EUROLONGTERM) haben ihre Arbeiten in den Bereichen Logistik und langfristige Streitkräfteplanung fortgesetzt.

Die Arbeitsgruppe für Fernmeldesysteme (EUROCOM) behandelte neben laufenden operativen Themen schwerpunktmäßig Fragen der Interoperabilität zwischen den taktischen Kommunikationssystemen der 13 an EUROCOM beteiligten WEU-Staaten.

Im Rahmen der transatlantischen Öffentlichkeitsarbeit wurden unter portugiesischem Vorsitz eine Reihe neuer Akzente gesetzt. Durch die stärkere Einbeziehung der nordamerikanischen Partner sowie durch die organisatorische Unterstützung des European Institute in Washington D. C. konnte der spezifisch-europäische Sicherheitsbeitrag im transatlantischen Verbund gegenüber den nordamerikanischen Entscheidungsträgern und Meinungsführern deutlicher als in der Vergangenheit herausgestellt werden.

Nach Abschluß schwieriger Vorarbeiten durch den WEU-Sicherheitsausschuß und die Rats-AG konnte das wichtige Sicherheitsabkommen zwischen der WEU und der Atlantischen Allianz, das der WEU den Zugang zu klassifizierten Dokumenten der NATO, insbesondere im Bereich nachrichtendienstlicher Informationen, ermöglicht und einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der operativen Fähigkeiten der WEU leistet, unterzeichnet werden.

4. Arbeitsgruppe „Offener Himmel“

Wichtigstes Ergebnis der Arbeitsgruppe „Offener Himmel“ war der Beschluß über eine Verlängerung der einstweiligen Vertragsanwendung „Offener Himmel“ über den 20. Mai 1996 hinaus. Angestrebt wird Verlängerung um einen Zeitraum von etwa sechs Monaten.

Die WEU-Troika demarchierte in Kiew wegen der noch ausstehenden ukrainischen Ratifizierung des Vertrages.

XI. WEU-Versammlung

Vom 22. bis 23. Februar 1996 befaßte sich die Versammlung auf einer Sondersitzung in London mit der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität vor dem Hintergrund der

EU-Regierungskonferenz und verabschiedete hierzu zwei Empfehlungen und eine Entscheidung.

Vom 3. bis 6. Juni 1996 fand in Paris der zweite Teil der 41. Ordentlichen Sitzung der WEU-Versammlung statt. Beherrschende Themen von Debatten und Redebeiträgen waren erneut die künftige Rolle der WEU vor dem Hintergrund der EU-Regierungskonferenz sowie die Ergebnisse des NATO-Außenministerates in Berlin. Als Einzelthemen wurden in Entschlüssen behandelt:

Die operative Organisation der WEU; die Vereinigten Staaten und die Sicherheit in Europa; Europäische Verteidigung und die Information der Öffentlichkeit in den WEU-MS; Interparlamentarische Kommunikation und Computernetzwerke; das EUCLID-Programm und die europäische Zusammenarbeit im Bereich Rüstungselektronik; WEU und HELIOS II; eine europäische „Intelligence Policy“; der Friedensprozeß auf dem Balkan; Budget- und Verfahrensfragen.